

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wochentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlich: Dr. Johannes Schmalzer. Druck: Dr. Johannes Schmalzer. Anzeigen für den Anzeiger sind im Anzeigerbüro des Auer Tageblattes zu übernehmen. — Preis: 10 Pfennig. — Anzeigen für den Anzeiger sind im Anzeigerbüro des Auer Tageblattes zu übernehmen. — Preis: 10 Pfennig.

Telegramme: Erzgebirge Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Nr. 1000

Nr. 263

Mittwoch, den 9. November 1932

27. Jahrgang

Die Situation nach der Wahl

Keine Kursänderung

Reichstag am 6. Dezember?

Berlin, 7. Nov. In politischen Kreisen bespricht man heute naturgemäß lebhaft die Frage, wie die innerpolitische Entwicklung nun nach der Reichstagswahl weitergehen wird. Im Parteileben wird nach der Anspannung des Wahlkampfes erst einmal eine Ruhepause eintreten, die noch durch den heute in Kraft getretenen Burgfrieden vergrößert wird. Währenddessen gehen natürlich die Erörterungen in den politischen Kreisen weiter. Zunächst hat der Reichstagspräsident wie üblich dem Reichspräsidenten über das Ergebnis der Reichstagswahl und die sich daraus ergebende Lage Vortrag zu halten. Nun wird Reichstagspräsident v. Papen die Parteien demnächst erneut vor die Frage stellen, ob und unter welchen Bedingungen sie zur Mitarbeit an den Zielen der Reichsregierung bereit sind. Besonders interessant wird in diesem Zusammenhang die Haltung der Nationalsozialisten sein. Es ist zu erwarten, daß sie positiv ausfällt, sind nach den ersten Äußerungen, die nach der Wahl von nationalsozialistischer Seite bekannt wurden, recht gering, da es den Anschein hat, daß Adolf Hitler von seiner Forderung nach der ganzen Macht nicht abgehen will. Auf der anderen Seite ist die Mehrheit von Nationalsozialisten und Zentrum im neuen Reichstag nicht mehr vorhanden und der Gedanke, daß etwa die deutsche Volkspartei zu einer solchen Koalition großen Werts, wird von maßgebender völkischparteilicher Seite als vollkommen unnützlich bezeichnet. — Verlassen sich die Parteien einem erneuten Aufruf zur Mitarbeit, ohne gleichzeitig imstande zu sein, eine positive Regierungsmehrheit zu stellen, so ist der Reichspräsident nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, das Reichskabinett von Papen weiter zu unterstützen. In diesem Zusammenhang wird übrigens betont, daß das Wahlergebnis die Position der Reichsregierung stimmungsmäßig sehr gefestigt habe, weil ihre Anhänger an Boden gewonnen und die Gegner verloren haben.

Diese Erwägungen werden den zeitlichen Raum bis zum Zusammentritt des Reichstages ausfüllen, also voraussichtlich die nächsten vier Wochen. Denn man rechnet damit, daß das neue Parlament zum ersten Male am Dienstag, dem 6. Dezember, zusammenkommen wird. Seine erste Aufgabe ist dann die Wahl des Präsidiums. Gleichzeitig schon wird die Reichsregierung dem Reichstag ihre Pläne für die Verfassungsreform vorlegen. Während der alte Reichstag im Zeichen des Wirtschaftsprogramms stand, wird also der neue Reichstag im Problem der Verfassungsreform seine Arbeitsfähigkeit zu beweisen haben. Man wird abwarten müssen, ob das praktisch noch in diesem Jahre der Fall sein oder ob der Reichstag es vorziehen wird, die nächsten großen Entscheidungen über die Wehrnachbesserung in den Januar hinein zu verschieben. — In Kreisen, die der Regierung nahestehen, rechnet man mehr auf eine langsame parlamentarische Entwicklung, weil gewisse oppositionelle Parteien, deren finanzielle Mittel schon im letzten Wahlkampf geschwächt waren, in eine neue Wahlperiode auch noch mit einem Verlust von Vertrauen hineingehen müßten. Ob diese Voraussetzungen ausreichen, den Gedanken einer offenen oder verschleierte Regierungsmöglichkeit zu begründen, das erscheint im Augenblick wohl zweifelhaft; immerhin überwiegt aber in der Beurteilung der weiteren Entwicklung die Annahme, daß die Parteien sich mit ihrer endgültigen Stellungnahme nicht überhastigen werden, so daß also die letzten Entscheidungen des neuen Reichstages und damit gegebenenfalls die über sein Schicksal erst Anfang nächsten Jahres zu erwarten sind. Jedenfalls wird betont, daß für die Reichsregierung keine Veranlassung besteht, ihren Kurs zu ändern oder von ihrem Kurse abzugehen.

Am Mittwoch Kabinettsitzung

Berlin, 7. Nov. Nach dem heutigen Vortrag des Kanzlers beim Reichspräsidenten wird für die weitere Klärung der innerpolitischen Lage nun zunächst eine Sitzung des Reichskabinetts von Bedeutung sein, die für Mittwoch vorgesehen ist. Die Reichsregierung wird sich am Mittwoch darüber schlüssig werden, in welcher Weise sie nun vorgeht. Im Augenblick steht deshalb auch der Termin für einen Empfang der Parteiführer noch nicht fest, ebenso wie die ganzen Modalitäten kommender Verhandlungen erst vom Mittwoch abhängen. Weiter wird die Reichsregierung sich in dieser Kabinettsitzung grundsätzlich über den sachlichen Arbeitsplan der nächsten Wochen aussprechen. Dabei stehen vor allem zwei Fragen im Vordergrund. Die eine ist das große Problem der Verfassungsreform, für

die bekanntlich die Vorarbeiten im Reichsinnenministerium bereits weitgehend im Gange sind. Wie diese Dinge aber technisch behandelt werden sollen, darüber muß die Reichsregierung noch beschließen. Den zweiten wesentlichen Gegenstand der Kabinettsberatungen bildet die Kontingentierung, die nun auch so schnell wie möglich zum Abschluß gebracht werden soll. Ob das noch in dieser Woche möglich sein wird, wie man noch heute vormittag glaubte, muß man abwarten, da es sich ja um eine der schwierigsten wirtschaftlichen und außenpolitischen Fragen überhaupt handelt.

Kommunisten verlangen Einberufung des Reichstages

Berlin, 7. November. Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die sofortige Einberufung des Reichstages verlangt. Sie wird u. a. einbringen ein Mißtrauensvotum gegen das Gesamtkabinett und einen Antrag, die im Verlaufe des Verlehrsarbeiter-

streiks Inhaftierten freizulassen und alle durch die ordentlichen oder Sondergerichte gefällten Urteile aufzuheben. Der genaue Wortlaut der Anträge wird im Verlauf dem morgigen Tages veröffentlicht.

„Rein Gedanke an Verständigung“

Aufrufe Hitlers

München, 7. November. In drei Aufrufen wendet sich Adolf Hitler an die Nationalsozialisten und die Parteigenossen, an die SA, und an die SS-Männer und an die Leiter der Parteiorganisation und der Propaganda. In dem ersten dieser Aufrufe heißt es, daß ein gewaltiger Angriff gegen die Bewegung und die Rechte des deutschen Volkes abgefeuert worden sei. Die Regierung von Papen habe, so behauptet Hitler, eine vernichtende Niederlage erlitten. Die ihr verschriebene deutschnationale Volkspartei und deren Anhänger umfassen keine zehn Prozent des deutschen Volkes, 80 Prozent lehnten sie ab. Für die NSDAP sei der Sinn des Ausganges dieser Wahl klar: Fortsetzung des Kampfes gegen dieses Regiment bis zur endgültigen Beseitigung. Keinerlei Kompromisse und kein Gedanke an irgendeine Verständigung mit diesen Elementen. Schließlich kündigt Adolf Hitler einen verstärkten neuen Propagandaaufbruch an.

Erste Stellungnahme der Parteien

Alle sind „zufrieden“

Berlin, 7. November. Das Nachrichtenbureau des VDD hat durch eine Umfrage bei den Parteien eine erste Stellungnahme zu dem Ergebnis der Reichstagswahl ermittelt, wobei jedoch zu beachten ist, daß durchweg die beschließenden Parteigremien erst nach einiger Zeit, wahrscheinlich erst in der kommenden Woche zusammenzutreten werden. In nationalsozialistischen Kreisen wurde dem Nachrichtenbureau des VDD erklärt, daß eine offizielle Stellungnahme der Münchener Parteizentrale bevorstehe. Schon jetzt könne aber darauf hingewiesen werden, daß nach dem Ergebnis dieser Reichstagswahl die NSDAP, berechtigt sei, weiterhin ihren Anspruch auf Führung der Reichsregierung zu vertreten. Dabei sei die Frage nicht von so großer Aktualität, ob die NSDAP, an Stelle Adolf Hitlers Gregor Strasser als Nachfolger von Papen vorschlagen wolle.

In Kreisen der deutschnationalen Volkspartei wird hervorgehoben, daß die Partei mit dem Wahlergebnis sehr zufrieden sei. Von Wert sei für die deutschnationalen besonders, daß eine „Schwarz-braune Koalitionsmöglichkeit“ jetzt nicht mehr im Reich möglich sei. In dem Wahlergebnis zeige sich nach deutschnationaler Auffassung zugleich ein moralischer Erfolg für die Regierung von Papen. Politische Folgerungen könne man zur Zeit aus dem Wahlergebnis noch nicht ziehen, weil sich die Konsequenzen dieser noch nicht übersehen ließen.

Beim Christlich-Sozialen Volksdienst wird dem Nachrichtenbureau des VDD erklärt, daß diese Bewegung jetzt endlich fünf Mandate zugesprochen erhalten habe und daß sie außerordentlich befriedigt sei mit einem Stimmengewinn von 10 Prozent, der in der Spitze sogar 20 Prozent betrage. Nach Meinung des Volksdienstes müsse auf Grund des Wahlergebnisses das Kabinett von Papen keine Politik liquidieren. Auch im neuen Reichstag sei es möglich, mit Hilfe der kleineren Gruppen eine positive Mehrheit zu bilden, zumal man annehmen könne, daß die Nationalsozialisten nun in ihren Forderungen etwas zurückhaltender sein würden.

Von sozialdemokratischen Parlamentariern wird zum Ausdruck gebracht, daß die SPD, insofern mit dem Wahlergebnis zufrieden sei, als sie mit härteren Bedürfnissen an die Kommunisten gerechnet hätte. Politisch würden wohl jetzt Versuche einsehen, deutschnationale, Nationalsozialisten und Zentrum unter einem Hut zu bringen, wobei vermutlich weniger der Gedanke einer parlamentarischen Koalition eine Rolle spielen werde, als der der Bildung oder Stützung eines Kabinetts, das nicht Kabinett von Papen zu sein brauche. Es sei anzunehmen, daß die Nationalsozialisten, deren Verluste vor allem auf die bürgerlichen Kreise zurückzuführen, im Interesse der Erhaltung dieser Kreise härter eingestellt sein würden, als positiv einzustellen. Man müsse abwarten ob der Versuch eines Kabinetts von Schleicher — Gregor Strasser gemacht werde.

In deutsch-völkischparteilichen Kreisen wird die Meinung geäußert, daß auch nach dieser Wahl die Ansicht gelten dürfte, daß das Parlament als solches aufgehört habe, die entscheidende Rolle zu spielen. Es werde an die Nationalsozialisten noch einmal die ganz klare Frage zu stellen sein, ob sie positiv mitarbeiten wollten oder nicht. Das könne aber nicht „parlamentarische Kuhhandel“ bedeuten. Wenn darauf hingewiesen werde, daß im neuen Reichstag eine Mehrheitsbildung möglich sei, durch Beteiligung der Nationalsozialisten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei, so könne erklärt werden, daß die Deutsche Volkspartei sich kaum dazu hergeben werde, die erforderlichen Restimmen für eine Schwarz-braune Mehrheit zu stellen. Hinsichtlich der Reichsregierung bzw. ihrer Umbildung komme es nicht auf Namen an, sondern auf das Programm.

In gut unterrichteten kommunistischen Kreisen wird das Wahlergebnis als außerordentlich zufriedenstellend für die KPD bezeichnet, die trotz geringerer Wahlbeteiligung im Reich sehr günstig abgekommen habe. Der kommunistische Stützpunkt in Berlin wird zurückgeführt auf die kommunistische Streikpartei im Berliner Verkehrsgebiet. Im neuen Reichstag würden die Kom-

munisten im wesentlichen die Anträge wieder einbringen, die sie dem alten Reichstag vorgelegt haben, insbesondere Anträge zu Gunsten der Erwerbslosen, für eine bessere Winterhilfe und für die Liquidierung der Fürstenaftindung. Weiter sei damit zu rechnen, daß die Kommunisten Mißtrauensanträge gegen das Kabinett von Papen vorlegen und Anträge auf Aufhebung der Notverordnungen vom 14. Juni und 4. September stellen werden.

Bei der Zentrumspartei hört das Nachrichtenbureau, daß das Zentrum unter den gegebenen Verhältnissen mit dem Ergebnis der Reichstagswahl durchaus zufrieden sei. Welche Konsequenzen sich für das Zentrum aus dem Wahlverlauf ergeben, darüber könne man im Augenblick nichts sagen. Es sei auch noch nicht festgelegt, wenn die maßgebenden Parteiführungen sich mit diesen Dingen beschäftigen würden. Die großen Grundlinien der Zentrums politik, die diese Partei auch im neuen Reichstag vertreten werde, habe der Parteiführer Raas vor allem in seiner Rede in München dargelegt. In jener Rede hatte Raas in dem Mittelpunkt seiner Ausführungen die Warnung vor Experimenten mit der Verfassung gestellt.

Ein Mandat mehr

Berlin, 8. Nov. Der Kreiswahlleiter des Kreises 26 (Franken) hat dem Reichswahlleiter ein berichtigtes Ergebnis mitgeteilt, das um 58 981 gültige Stimmen höher ist als das zuerst mitgeteilte. Der Anteil der NSDAP an diesen Stimmen beträgt 18 882. Diese Berichtigung wirkt sich dahin aus, daß der NSDAP ein weiteres Mandat auf ihrer Reichsliste zufällt. Die Gesamtzahl beträgt nunmehr 196. Der Reichstag umfaßt also insgesamt 588 Abgeordnete.

Abbruch des Berliner Verkehrsstreiks

Berlin, 7. Nov. Die zentrale Streikleitung der Berliner Verkehrsarbeiter hat, wie von der Redaktion der „Roten Fahne“ mitgeteilt wird, den Abbruch des Berliner wilden Verkehrsstreiks beschlossen.

Nachspiel zum Streik

Berlin, 7. Nov. Aus Anlaß des VDD-Streiks wurden gestern vom Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium gegen 30 Personen Haftbefehle wegen Landfriedensbruchs, schweren Landfriedensbruchs oder wegen Transportgefährdung erlassen. Heute wurden wieder zahlreiche des Landfriedensbruchs oder der Transportgefährdung Verdächtige dem Vernehmungsrichter vorgeführt.

Aufruf und Dank Hugenburgs

Berlin, 7. Nov. Der deutschnationale Parteiführer Dr. Hugenburg veröffentlicht folgenden Aufruf: „Unbeirrbares Festhalten an dem für richtig erklärten politischen Ziel und opferbereiter Einsatz aller Gliederungen der Partei, insbesondere auch der in den Kampfgruppen organisierten Jugend haben der deutschnationalen Volkspartei einen überzeugenden Sieg gebracht. Die Schwarz-braune Mehrheit im Reichstag ist beseitigt. Damit ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Durchführung des von uns in Volk und Parlament vertretenen Kurses geschaffen. Dank und Anerkennung spreche ich allen Kämpfern der deutschnationalen Bewegung aus, die sich unter Einsatz ihrer Person gegen Terror und Lüge durchgesetzt haben. Der Kampf geht weiter.“